

Mehr Demokratie wagen – uneingeschränktes Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger nichtdeutscher Staatsbürgerschaft

Die Landesdelegiertenkonferenz hat zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg sowie zum Bundeskongress der Jusos beschlossen:

Petitum:

Die Jusos Hamburg fordern das uneingeschränkte aktive Wahlrecht für Bürger nichtdeutscher Herkunft mit unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung.

Begründung:

Das aktive Wahlrecht ist eines der wichtigsten demokratischen Rechte. Unser demokratisches System lebt davon, dass alle Bürgerinnen und Bürger durch Wahlen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Eine Ausweitung des aktiven Wahlrechts auf Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen für Menschen nichtdeutscher Staatsbürgerschaft bringt große Chancen mit sich.

Es gilt uns nicht nur das Interesse an Politik zu fördern, sondern auch mehr Demokratie zu wagen. Die Entscheidungen der Politik in Deutschland wirken sich nicht nur auf die Bürgerinnen und Bürger deutscher Staatsbürgerschaft, sondern auch auf diejenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft aus. Sei es auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitssystem, in der Wirtschaftspolitik oder in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

Viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger haben sich entschieden in diesem Land dauerhaft zu leben. In Deutschland leben Einwanderer aus 194 Nationen. Nach Berechnungen aus dem Jahr 2013 machte der Bevölkerungsteil ohne deutsche Staatsangehörigkeit am 31. Dezember 2011 etwa 6,3 Millionen Einwohner aus. Im selben Jahr lebten insgesamt 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Dies entspricht knapp 19 % der Bevölkerung.

Die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis, d.h. einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, sind gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 AufenthG unter anderem der fünfjährige Besitz einer Aufenthaltserlaubnis, die Sicherung des Lebensunterhalts, die grundsätzliche Straffreiheit, die Erlaubnis zur Beschäftigung als Arbeitnehmer sowie ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache als auch die Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Es werden von ihnen alle Pflichten verlangt, aber nicht alle Rechte gegeben. Wir wollen, dass die Menschen sich in unserem Land Willkommen fühlen und deshalb auch das Recht haben, ihre politischen Repräsentanten in den Kommunen, Landtagen und im Bundestag zu wählen. Die SPD will nicht nur Politik für einen Teil, sondern für die ganze Bevölkerung machen.



48

49 Wir wollen mehr Demokratie wagen.